

Die Freiheit erscheint täglich zweimal, Sonntag und Montag nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen "Freie Welt" - "Frauen-Welt" und "Der Jugend-Geselle". Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Monat März 25.- M., im voraus zahlbar. Für Bestellungen nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Einwirkung des Reichspostamts, Danzig, das Post- und Fernsprechtarife sowie die früheren deutschen Gebiete Polen und Litauen 50.- M., für das übrige Ausland 77.- M. Redaktionen, Expeditionen und Verlag: Berlin G 2, Breite Straße 6-8

Die abgegebene Nonpareil-Beilage über deren Namen folgt 10.- M. einschließlich Infanteriensteuer. Allein Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 einschließlich Infanteriensteuer, laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Belege 2.- Wort netto pro Zeile. Stellen-Belege in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 90-152 99

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Arbeit der Sachverständigenkonferenz

Kredite nur gegen Sicherheit

London, 28. März.

Der „Times“ zufolge haben die Sachverständigen Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, Italiens und Japans ihre Arbeit so gut wie beendet. In der gestern vormittag abgehaltenen Sitzung legten sie die Ergebnisse der Kredit- und Währungsreform vor. In der Kreditfrage haben die Erörterungen, wie vermutet, zu einer Einigung geführt. Allgemein werde die Auffassung vertreten, daß die Länder, welche Kredite gebrauchen, bereit sein müssen, Sicherheit zu bieten. Die Art der Sicherheit müsse sich jedoch nach den finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnissen der betreffenden Länder richten. Die Konferenz befahte sich gestern außerdem mit der endgültigen Feststellung des Berichts, der die Vorschläge der Sachverständigen enthält. Darin werde eingehend die finanzielle und wirtschaftliche Lage Zentral- und Osteuropas, unter besonderer Berücksichtigung des russischen Problems, behandelt. Der britische Vorschlag, wonach die russische Regierung für die Staats- und Privatschulden des zaristischen Rußlands neue Obligationen herausgeben solle, sei bisher aufrechterhalten worden.

Genua-Debatte im Unterhause

London, 28. März.

Im Unterhause kam es gestern zu einer kurzen Debatte über Genua.

Der liberale Abg. Sir Donald Maclean verlannte, das Haus solle, bevor der Premierminister am Montag im Parlament erscheine, eine klare Mitteilung darüber erhalten, worüber es mit Bezug auf die Genuaer Konferenz abstimmen solle. Lloyd George werde am nächsten Montag mit allen seinen unvermeidlichen Gaben Fragen vorbringen, die zum großen Teile nicht zur Debatte gehörten. Das Haus müsse wissen, was in Genua erörtert werden solle. Es hätten bereits zahlreiche Konferenzen stattgefunden, seiner Schätzung nach zwölf, die unüberwindliche Ergebnisse erzielt hätten. (Wissenschaft; und Washington?) Lord Robert Cecil rief: Daß was die einzige Konferenz, an der Lloyd George nicht teilnahm.) Sir Donald Maclean fährt fort: Bezüglich Genuas würden in der Debatte übertriebene Hoffnungen weckt. Seiner Ansicht nach könne nichts für eine Wiederbelebung des internationalen Handels getan werden, wenn die Fragen der deutschen Reparationen, der alliierten Schulden und der Abrüstung zu Grunde nicht geregelt würden. Diese Fragen hängen nicht auf der Tagesordnung von Genua. Die Teilnahme Rußlands an der Konferenz sei erträglich; es werde aber wegen des in Rußland herrschenden Chaos noch lange dauern, bis der russische Handel wiederhergestellt sei. Von weit größerer Bedeutung für das Wiederanleben Europas sei die Wiederherstellung Deutschlands. Deutschland müsse in den Völkernbündnissen aufgenommen werden und müsse von neuem in dem Verband der Nationen als ein Ganzes wirken. Europa werde niemals in Ordnung kommen und besseren Zeiten entgegengehen, bevor nicht alle fratzenhaften Manöver der Politik der gegenwärtigen Regierung aufhörten. (Weisfall.) Zum Schluß seiner Rede trat Sir Donald Maclean für sofortige Neuwahlen ein.

Kenworthy fragte, weshalb Balfour und Lord Riddel nicht zur kritischen Delegation für Genua gehörten, und ob die organisierte Arbeiterkraft eingeladen worden sei, Vertreter zu entsenden. Es würde besser sein, eine britische Delegation nach Genua zu senden, die mit reinen Händen käme; dies gelte nicht von einer Delegation, die mit dem gegenwärtigen Kabinett zusammenhänge.

Chamberlain drückte in seiner Antwort sein Erstaunen über die Ausführungen seiner Vorredner aus und sagte, Donald Maclean äßere bei dem Gedanken, daß er dem Premierminister in der Debatte gegenüberstellen müsse. (Weiterkeit.) Er habe solche Angst vor dem Premierminister, daß er nicht eine Woche mehr warten könne, da er glaube, die beunruhigende Persönlichkeit Lloyd Georges würde das Haus daran verhindern, die Frage mit Ruhe zu erörtern und darüber abzustimmen. Chamberlain wolle der in der nächsten Woche noch vorarbeiten. Auch er sei der Ansicht, daß die übertriebenen Hoffnungen bezüglich einer Reaktion der Arbeitslosenfrage infolge der Genuaer Konferenz unbegründet seien. Die Arbeitslosigkeit könne nicht durch eine einzige Konferenz und durch die Haltung einer einzelnen Regierung beigelegt werden. Die Regierung sei auch nicht der Ansicht, daß die Not in der Welt von einem Tag auf den andern oder von einem Monat zum andern gehoben werden könne.

Lord Robert Cecil erklärte, es würde nicht wünschenswert sein, wenn die Regierung sich im gegenwärtigen Augenblick von der Konferenz von Genua zurückziehen würde. 30 bis 40 Mächte hätten die Einladung angenommen. Wenn man denke, daß etwas getan werden könne, um die Völker Europas auf einer solchen Konferenz zu heilen, so sei dies eine zu ernste Frage, als daß irgendjemand dieser Maßnahme Widerstand entgegen setzen könnte. Lord Robert Cecil beklagte es, daß die Reparationsfrage

die Frage der alliierten Schulden und die der Revision des Versailler Vertrages in Genua nicht zur Erörterung kommen sollen. (Weisfall bei der Opposition.)

Die Differenzen im englischen Kabinett

London, 28. März.

„Daily Mail“ berichtet, die plötzliche Rückkehr des Premierministers nach London sei hauptsächlich auf die in den Kreisen der Regierung bezüglich der Genuaer Konferenz herrschende Stimmung zurückzuführen. Churchill und einige seiner Kollegen seien mit der Haltung der Regierung gegenüber Rußland nicht zufrieden; es verlautete, daß Lloyd George gestern abend mit Churchill zusammengekommen sei. Heute werde er in eine Kabinettsitzung zur Erörterung der Genuaer Politik der Regierung den Vorsitz führen. Es werde erwartet, daß Lloyd George heute nach Chequers fährt, um dort bis Montag zu bleiben. Dem Parlamentarischen Berichterstatter der Times zufolge ist die Meinungsverschiedenheit zwischen Churchill und Lloyd George über die Frage der Anerkennung der russischen Regierung erster Art, nun macht die bereits heftige parlamentarische Lage noch heftiger. Churchill habe nicht allein, andere Minister seien geneigt, ihn zu unterstützen. Es sei jedoch noch nicht bekannt, wie weit Churchill und diese anderen Minister gehen würden.

Die Forderungen der Vereinigten Staaten

Paris, 28. März.

„Chicago Tribune“ veröffentlicht den Wortlaut der letzten amerikanischen Note in der Besetzungskostenfrage. Es heißt darin, die Regierung der Vereinigten Staaten habe erfahren, daß vorgeschlagen sei, die Anrechnung des Wertes der Saargruben auf das Veräußerungskostenkonto Frankreichs anzuschließen, obwohl Frankreich während des Jahres 1922 Zahlungen erhalte. Die Regierung der Vereinigten Staaten erachte es jedoch zurzeit nicht als notwendig, in eine Debatte über die Umrechnung oder Umschreibung des Gegenwertes der Saargruben in Betracht zu ziehen. Die Erwägung aller derartigen Fragen bliebe in vollem Umfange vorbehalten. Die ganze Angelegenheit könne nach der Note die Stellung der Vereinigten Staaten bezüglich ihres Rechtes, sich die Veräußerungskosten auf gleichem Fuß mit den verbündeten Mächten bezahlen zu lassen, nicht berühren.

Vor der Regierungserklärung

Ueber die Besprechungen, die der Reichskanzler gestern mit den Fraktionsführern hatte, gibt trotz ihres vertraulichen Charakters die rechtslebende Presse längere Berichte. So wird dort mitgeteilt, daß der Reichskanzler nach einer Aufzählung der deutschen Abgaben an die Entente die Forderung der Reparationskommission, 60 Milliarden neue Steuern einzubringen, ablehnt habe, da für das wirtschaftlich geschwächte Deutschland eine derartige neue Last nicht tragbar sei. Auch die Finanzkontrolle werde er in seiner Erklärung auf das schärfste zurückweisen. Es sei mit der Würde eines Volkes unvereinbar, sich einer derartigen Kontrolle zu unterwerfen. Im übrigen werde Dr. Wirth zum Ausdruck bringen, daß die deutsche Regierung erwilligt sei, in Verhandlungen mit der Reparationskommission zu kommen. Dabei könne es sich darum handeln, eine neue Methode zu finden, wie das Reparationsproblem zu lösen sei. An maßgebender deutscher Stelle sei man der Meinung, daß ohne eine internationale Anleihe mit Deutschlands Leistungsfähigkeit nicht mehr gerechnet werden kann.

Es wird angenommen, daß die eigentlichen Regierungsparteien sich mit der Erklärung der Regierung einverstanden erklären werden. Die Deutsche Volkspartei hat gestern und heute Fraktionsbesprechungen abgehalten, in der die Forderungen der Reparationskommission als unerfüllbar bezeichnet wurden, die mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden müßten. Für die weitere Haltung der Fraktion werde entscheidend sein, ob die Regierung fest bleibe und sich nicht auf Verhandlungen einlasse, die doch schließlich zu unzulässigen Zugeständnissen führen müßten. Die anderen Fraktionen des Reichstags hielten heute vormittag Sitzungen ab.

An die Erklärung des Reichskanzlers in der heutigen Sitzung des Reichstags wird sich wahrscheinlich eine Rede des Außenministers Dr. Rathenau anschließen. Darauf sollen die Vertreter der Partei zu Worte kommen. Voraussichtlich wird die Aussprache erst am Mittwoch zu Ende geführt werden. Ob der Reichskanzler die Vertrauensfrage stellen wird, steht noch nicht fest.

Die Grundsteuer in Preußen

Es steht noch dahin, ob und in welcher Form der Entwurf des neuen Grundsteuergesetzes in Preußen Gesetz werden wird. Zunächst hat ein mit der Durchberatung des Gesetzes betrauter Ausschuss des Landtages die Materie in erster Lesung durchgearbeitet. Was bis jetzt zuhande gekommen ist, ist nur ein Provisorium und dazu so unbestimmt, daß heute niemand weiß, was endgültig herauskommt. Bemerkenswert war, daß die verschiedenen Parteien sich sehr verschieden äußerten. Oft redete jedes Mitglied einer Partei für sich persönlich. Nur über einen Punkt kam Einigkeit zustande. Nämlich darüber, daß man, wenn überhaupt, nur eine vorläufige Steuer erheben könne, weil sonst alle Voraussetzungen fehlen, um die Steuerquellen in diesem Jahre noch steuern zu lassen.

Vom Finanzminister wurde daraufgelegt, daß es überhaupt überflüssig sei, festzulegen, wie ein Antrag der Rechtssozialisten es wollte, daß die Erhöhung der Steuer nach dem gemeinen Wert erfolgen solle. Da der vorläufige Steuer die Ergänzungsteuer von 1916 und 1917 zugrunde gelegt werden müsse, habe es keinen Sinn, zu bestimmen, daß die Steuer nach dem gemeinen Wert erhoben werden soll. Und für ein zukünftiges Gesetz endgültig die Steuerart festzulegen, wäre überflüssig, da es später der Landtag in der Hand habe, die Art der Steuer zu beschließen. Danach verfiel der Antrag der Rechtssozialisten der Ablehnung.

Wichtiger ist schon das Objekt, das besteuert werden soll. Wohl betrifft sich der Gesetzentwurf als eine Besteuerung des Grundvermögens. In Wirklichkeit aber handelt es sich um eine Miets- und Verbrauchsteuer, die abgemälzt werden soll. Soweit es sich um die Steuer bebauter Grundstücke handelt, verlohnen unsere Genossen den Grundbesitz, möglichst nur die Zahlungsfähigen zu treffen. Und soweit es sich um unbebaute Grundstücke handelt, sollten die kleinen Besitzer geschont werden, da die Großen sich immer schon vor der Steuerzahlung gedrückt hätten und große Profite einfachten. Um die kleinen Leute zu schonen, stellen unsere Genossen folgenden Antrag:

Von der staatlichen Grundsteuer sind befreit:

1. Neubauten, die nach dem 1. Januar 1919 fertiggestellt sind, die überwiegend aus öffentlichen Baukosten entstanden oder öffentlichen Vorhaben zugeordnet sind.
2. Wohngebäude, welche ausschließlich Kleinwohnungen mit nicht mehr als 80 Quadratmeter Wohnfläche für die einzelnen Wohnungen enthalten.
3. Bei Wohngebäuden, die mehr als zur Hälfte aus Ein- bis Dreizimmerwohnungen bestehen, wird der Wert um 50 v. H. der Wohngebäude, die mehr als zur Hälfte aus Ein- und Vierzimmerwohnungen bestehen, wird der Wert um 25 v. H. ermäßigt.
4. Als „Zimmer“ gelten nur solche Räume, die bau- und gesundheitspolizeilich zum ständigen Aufenthalt zum Wohnen und Schlafen für Menschen zugelassen sind. Als Zimmer gelten nicht die Küchen mit weniger als 16 Quadratmeter Grundfläche, Bad, Vorraum, Ankleide, Flur, W.C., Veranda, Abort, Kellerräume, und nicht ausgebauter Veranda auf dem Dachboden.
5. Werden in einem Betriebe nicht mehr als drei Viertel Acker Land dauernd landwirtschaftlich genutzt, so wird von diesem landwirtschaftlichen Grundbesitz staatliche Grundsteuer nicht erhoben.
6. Werden in einem Betriebe nicht mehr als drei Viertel Acker Land dauernd landwirtschaftlich genutzt, so sind nur 50 v. H. bei drei bis fünf Hektar nur 75 v. H. an der veranlagten und lebendigen Steuer zu erheben.
7. Soweit die Grundsteuer auf Mieter abgemälzt werden darf, muß die Steuerermäßigung auf Mietern von Kleinwohnungen und Pächtern von Grundstücken anzuwenden kommen.

Unsere Genossen waren sich vollkommen darüber klar, daß ihr Zweck durchgreifender erreicht werden würde, wenn man nach dem Einkommen hätte absteuern können. Das war aber, weil Grundstücke das Steuerobjekt bilden, technisch unmöglich. Nach tagelangen Debatten wurde schließlich beschlossen, die Steuer in folgender Form zu stellen:

- a) 4 v. T. des Wertes bei Besitzungen bis zu 25 ha.
- b) 3 1/2 v. T. des Wertes bei Besitzungen bis zu 25 ha.
- c) 3 v. T. des Wertes bei Besitzungen bis zu 10 ha.

Demer gelangte gegen die Stimmen unserer Genossen ein Antrag zur Annahme, nach welchem Ostland und Unland, das nach dem 1. Januar 1922 in Kultur gebracht ist, nach Fertigstellung der Kultivierungsarbeiten auf die Dauer von 10 Jahren von der Erhöhung der Steuer frei bleiben soll und nach dem 1. Januar 1922 meliorierte Landereien insoweit von der Steuer frei bleiben sollen, als sich der Wert durch die Melioration gehoben hat, jedoch nicht über den Betrag der fünf Prozent Verzinsung der Meliorationskosten hinaus.

Ein lebhafter Kampf entspann sich dann über den Antrag unserer Fraktion. Die Regierung machte technische Bedenken geltend. Schließlich gelangte der Abg. 2 unseres Antrages gegen die Stimmen des Zentrums und der Demokraten zur Annahme. Bemerkenswert ist noch, daß die

Schonung der kleinen Besitzer gegen die Stimmen des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei abgelehnt wurde.

Verschiedene Anträge verändern das Gesetz nach verschiedenen Richtungen. Ende des Monats wird die zweite Lesung stattfinden, zu der die verschiedenen Parteien neue Anträge einbringen werden. Unsere Fraktion wird erneut versuchen, die Schonung der kleinen Mieter und kleinen Besitzer durchzusetzen.

Ein offener Brief Kautskys.

Genosse Karl Kautsky veröffentlicht den nachfolgenden Offenen Brief an die Zentrale der USPD. Im „Vorwärts“ wird er mit einer Vorbemerkung versehen, wonach die Redaktion der „Freiheit“ sich in ihrer augenblicklichen Lage gewisse Reserven auferlegen müsse, und daß sie daher Bedenken trage, ihn abzudrucken. Dieser Grund war für uns bei der Ablehnung der Veröffentlichung nicht ausschlaggebend. Unsere Genossen, die jetzt den Inhalt des Offenen Briefes erfahren, werden mit uns der Meinung sein, daß der Schritt Kautskys außerordentlich bedenklich ist. Die Vorwürfe, die gegen die Zentrale der Partei erhoben werden, sind ungerecht und durch die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht begründet. Dazu sind sie in einer Weise formuliert, wie sie unter Parteigenossen sonst nicht üblich ist. Falsch ist es, die Unabhängige Sozialdemokratie für die Fortdauer der Spaltung verantwortlich zu machen. Kautsky geht ganz an der Tatsache vorüber, daß das hauptsächlichste Hindernis für die Wiedervereinigung des Proletariats die Politik der rechtssozialistischen Partei ist, und daß für die Schwächung des deutschen Proletariats die Partei verantwortlich zu machen ist, die trotz aller schlimmen Erfahrungen der letzten Jahre diese Politik fortsetzt. Das Offene Schreiben Kautskys hat folgenden Wortlaut:

Werte Genossen!

Im Morgenblatt der „Arbeit“ vom 24. März veröffentlicht ihr einen Aufruf der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, dem ihr einen eigenen Aufruf folgen läßt. In diesem wird die Vereinigung der KPD mit der USPD für vollzogen erklärt und dies als der Anfang der schließlich erwarteten Wiedervereinigung des vereinigten sozialistischen Proletariats in Deutschland bezeugt.

Ich könnte mich damit abfinden, ein Häuflein dankbarer Kommunisten zu Parteigenossen zu bekommen, wenn dies bloß eine Begleiterscheinung der Vereinigung des gesamten sozialistischen Proletariats Deutschlands, also im wesentlichen der Vereinigung der USPD mit der SPD, bilden würde.

Davor ist aber gar nicht die Rede. Ihr verbindet vielmehr die Aufnahme der KPD mit der Aufforderung an alle „christlichen revolutionären Massenorganisationen in der rechtssozialistischen Partei“, in die USPD einzutreten.

Ihr wisst nicht, was ihr Euch dabei gedacht habt. Die bisherige Erfahrung hat doch schon allgemein gelehrt, daß die christlichen revolutionären Elemente, die es offenbar auch nach Eurer Ansicht nicht in der SPD, nicht daran denken, ihrer Partei den Rücken zu kehren. Inwiefern ist die Aufforderung eine lächerliche. Doch leider ist sie noch etwas Schlimmeres. Sie besagt, daß die Zentrale die Vereinigung des deutschen sozialistischen Proletariats durch die Fortdauer der SPD herbeiführen will, was jeden rücksichtslosen Kampf gegen sie unerlässlich macht.

Euer Aufruf, der als Einigungsaufruf bekennt, kündigt also in einem Kriegsruf gegen die SPD, aus. Ihr drückt einige Dutzend kommunistischer Parteiverderber an Euer Herz und verleiht gleichzeitig die Kräfte, die die USPD von den Millionen Deutschen Proletariaten in der SPD trennt.

Damit legt ihr Eurer Politik die Krone auf, die schon seit geraumer Zeit die Einigung der deutschen Sozialisten hemmt. Ihr mit Eurem Anhang seid dadurch die Verantwortlichen geworden an dem Fortbestehen der Spaltung und damit der Schwächung des deutschen Proletariats in einer verwerflichen Situation, in der nur enger Zusammenhalt es retten kann.

Da die Einigung des deutschen Proletariats der Hauptzweck meines Lebens geworden ist, wird es mir unmöglich, dieser schmerzlichen Schicksalsfrage des deutschen und damit des internationalen Sozialismus gegenüber stillzuschweigen. Das würde mich zum Mitschuldigen an Eurem Tun machen. Ich fühle mich gedrängt, vor aller Öffentlichkeit gegen den Aufruf der Zentrale der USPD, scharfste Protest einzulegen.

Wohl möglich, daß dieser Protest Euch sehr gleichgültig läßt! Schon 1920 haben ja Crispien und Dittmann, um das Wohlwollen der Moskauer Gewalttäter zu gewinnen, ihnen erklärt, meine Stimme werde in der USPD nicht beachtet. Welt mehr Gewicht für Euch haben Braß und Dänm. Nicht um Euch zu überzeugen, richte ich diesen Brief an Euch, sondern um Klarheit zu schaffen über das Verhältnis zwischen Euch und mir.

Charlottenburg, 25. März 1922.
Mit sozialistischem Gruß
Karl Kautsky.

Der wildgewordene Pastor

In der „Deutschen Zeitung“ führt der Chefredakteur und Pastor Max Maurenbrecher seit einigen Tagen wilde Kriegszüge auf. Die Reparationsnote der Entente hat den Mann mit dem sanften Christengemüt ganz aus dem Häuschen gebracht. Er bedauert es tief, daß sich im Reichstag kein deutschnationaler Abgeordneter fand, der auf die Rednerbühne sprang und, ungeachtet aller parlamentarischen Gepflogenheiten, ein alldientesches Donnerwetter losließ, an dem sich die Herzen im Lande erwärmen konnten. Bedrückt, daß sich kein Akteur für die gewünschte Prügelzene fand, trompetet nunmehr der fromme Max folgenden Kriegsruf ins Land:

Noch ist es Zeit! ... Von der Regierung Birck ist nichts zu erwarten. Sie wird halb ablehnen, halb zusage; die Entschädigungskommission wird sie vor ein Ultimatum stellen, und dann wird sie umfallen. Wenn das Ultimatum erst da ist, ist es für eine Volksbewegung zu spät!

Recht muß gehandelt werden, eher heute als morgen. Recht müssen die Massen in Aktion kommen! Recht müssen die Parteivereine und nationalen Verbände Massenversammlungen für kommenden Sonntag ausrichten. Jetzt muß innerhalb acht Tagen eine Bewegung durchs Land gehen, wie einst, als die Auslieferung deutscher Offiziere und Soldaten gefordert ward. Jetzt muß die Provinz sich erheben und über den Kopf aller Berliner Bedenklichkeiten hinweg aus allen Parteien heraus eine gewaltige Welle emporspringen. Die Parteien werden schon folgen, wenn sie sehen, daß es den Wählern ernst ist.

Die Parteien werden schon folgen... Und wo wird Max Maurenbrecher sein, wenn es zu der von ihm gewünschten Katastrophe kommen sollte? Wird er bei diesem Tanz nur als „früher Teilhaber“ mitwirken, wie weiland seine Freunde im Rapp-Putsch, oder will er, schwertumgürtet, in der vordersten Reihe kämpfen und sterben? Das könnte Märchen auch alleine tun! Sein Verlust würde keine Lücke reißen.

Der neue Reichsernährungsminister

Nach einer Meldung aus München hat Professor Fehr von der Akademie für Landwirtschaft und Brauerei in Weihenstephan bei Freising in Oberbayern dem ihm vom Reichsminister angebotenen Posten des Reichsernährungsministers angenommen. Fehr gehört dem Bauernbund an, er soll aber auf dem linken Flügel der Partei stehen und stets die Verbindung mit den Demokraten aufrecht erhalten haben. Politisch ist er zwar noch nicht hervorgetreten, aber man kann ohne weiteres voraussetzen, daß unter seiner Leitung die agrarischen Tendenzen des Reichsernährungsministeriums mindestens ebenso hervortreten werden wie bei Herrn Dr. Hermes. Fehr kommt aus Bayern, wo er bisher schon die Landesstelle nebenamtlich verwaltet hat. Er ist also ohne Zweifel über die Wünsche der Agrarier genau unterrichtet und da Bayern sich auf der jüngst abgehaltenen Konferenz gegen die Sicherung des Umlageverfahrens ausgesprochen hat, so muß man sich dessen versehen, daß das Reichsernährungsministerium auch künftig die Ernährung der minderbemittelten Bevölkerung nicht sicherstellen, sondern gefährden wird.

Barnum und Comp.

In einer demokratischen Versammlung sprach am vorigen Sonntag der frühere preussische Handelsminister Fischel. Er behauptete, daß an dem Zusammenbruch nicht die Republik, sondern der Krieg schuld sei, den eine unfähige Diplomatie nicht zu verhindern vermocht habe. Dann fuhr er fort:

Heute schreiben unsere Militärs Bücher über Bücher, die darin sollen, wie sie alles, was gekommen ist, ganz genau vorzuzählen hätten, und die nichts als Selbstanklagen darstellen. Als in kritischer Zeit Michaelis Reichskanzler wurde und die Führer der Parteien der Linken bei Hesslerich zu einer Aussprache geladen waren, hat Conrad Hanfmann über die großen Anstrengungen Amerikas berichtet, der Entente zum Siege zu verhelfen. Da war es Hindenburg, der darauf nur die Antwort hatte: „Barnum, Barnum!“

Dieser Ausdruck Hindenburgs verdient festgehalten zu werden. Er beweist, daß das ganze Große Hauptquartier ein Zirkus Barnum war, dessen schwindelhafter Reklamebetrieb vom Großen Hauptquartier sogar noch überboten wurde. Nichts hat diesen Barnumbetrieb so lächerlich gemacht, als die geringe Wertung, die der amerikanischen Hilfeleistung beigegeben wurde und die sich dann im Oktober 1918 so grausam gerächt hat.

Der Abbruch der Genfer Verhandlungen

Nach monatelangen Verhandlungen über die Bedingungen, unter denen das abzutretende Oberschlesien verwaltet werden soll, sind diese plötzlich unterbrochen. Die Ursache davon ist die Liquidation des im Gebiet befindlichen deutschen Vermögens, über die keine Einigung erzielt werden konnte. Man war endlich bei dieser bedeutungsvollen Frage angelangt, nachdem die Schutzbestimmungen über die Nationalitäten und Minoritäten zum Abschluß gelangt waren, und es schien auch, als ob sich die gegenseitigen Standpunkte insbesondere in bezug auf den landwirtschaftlichen Besitz näherten. Dann zeigte sich allerdings, daß die Polen nicht auf die Liquidation der Industrie verzichten wollten, wenigstens wollten sie sich formell nicht binden. Sie zerrissen die Zuständigkeit der Kommission an, und der deutsche bevollmächtigte Minister zögerte nun nicht mehr, abzureisen. Man muß die hartnäckige Haltung der Polen, die nach fünf monatelanger Verhandlungen durch eine Anweisung der Kompetenz die Abmachungen zu sabotieren versuchten, auf das schärfste verurteilen. Wir erwarten aber auch von der deutschen Regierung, daß sie sich nicht durch einen solchen Ehrenstandpunkt davon abhalten läßt, die Verhandlungen mit aller Energie im Geiste eines verständigen Ausgleichs zu führen.

Der Austausch ungarischer politischer Gefangener. Am Montag traf in Preßburg der vierte Transport ungarischer politischer Gefangener mit Bestimmung Rußland ein, darunter 30 Verurteilte, 19 Frauen und 17 Kinder, die ihre Männer oder Eltern noch Rußland begleiteten. Unter den Gefangenen befand sich auch der zum Tode verurteilte Volkskommissar Kovács, der zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilte Heinrich Kolman und Betriebskommissar Mauk, der bewußtlos, mit einer schweren Lungenentzündung in den Zug gebracht wurde.

Der Film am Dienstag

Ein Dokument filmamtliger Beschränktheit

Der Film „Dr. Gullensborgs doppeltes Gesicht“ wurde in allen Instanzen verboten. Sein Held, ein tüchtiger Arzt, behandelt unbemittelte Patienten umsonst, nachts aber wird er zum willenslosen Werkzeu einer erblichen Leidenschaft, der Aleptomanie. Im diesem Dämon, gegen den er immer wieder vergebens angekämpft hat, doch zu ertrinken, bezieht er Selbstmord.

Manuskript und Regie sind schwach. Was eine Geschmackskur, es ließe sich darüber reden, ob solche Filme — also nicht dieser allein — zu unterdrücken seien. Doch gibt's, teils gottselig, teils leider, keine Geschmackskur! Es gibt bloß Filmpräzessionen, und die haben nur da einzugreifen, wo es sich um Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit handelt! Statt nun pflichtgemäß den „Arbiter des Meeres“ zu verbieten, der die öffentliche Ordnung gefährdet, weil bei seiner Vorführung die nichtbegleiteten Zuschauer mit Anpöbeln abzuwehren zu tun haben, hat also ihre eigentlichen Amies zu wachen, lassen diese Behörden, wie Vater Abraham, ihr Opferungsbedürfnis an einem unheimlichen Widder aus, der ihnen gerade in den Weg läuft.

Es wird argumentiert: „Dieser Film ist accianet, das Ansehen des Arztstandes an er-schütternd.“

Nicht doch! Dazu sind ganz andere Dinge accianet. So die trivialen Bemerkungen der Militärärzte, die den Millionen zum Krüppelwerden oder zur Abblutschung verurteilten Opfern höhnisch nachzulaufen. Ferner accianet, das Ansehen dieses Standes zu erschüttern, ist die Tatsache, daß ein Arzt, der durch seine Betätigung, Menschen für die Abblutschung accianet zu stampeln, das Ansehen des Arztstandes zu behen verurteilt hat, daß ein solcher Arzt, Professor Nicolai, für unwürdig erklärt und zur Auswanderung gezwungen wurde.

Ist das Ansehen des Arztstandes solchen Erschütterungen nicht erliegen, was wird ihm ein arbeitsamer Film anhaben können? Oder entehrt es etwa den Arztstand, wenn man ihm ein Malteil zuraut, das, wie Dr. Gullensborg, der armen Bevölkerung unentgeltlich Hilfe leistet? Entehrt es den Arztstand, wenn ein seiner Mitarbeiter, das sich eines Vergehens schuldig fühlt, nun, wie Dr. Gullensborg, auch den Mut aufbringt, es zu sühnen? Aber, selbst, wenn dieser Gullensborg als Auswurf der Menschheit angesehen wäre, nicht einmal dann dürfte die Kurur das Ansehen eines ganzen Standes von einem Sonderfall, denn als solcher ist er behandelt, bedroht sehen!

Offentlich wird sich Staatsanwalt Bulke in seiner

Rede über „Geschmackskur“, die er für den 1. April ankündigt, ähnlich äußern. Es ist höchste Zeit, daß er sich dazu aufraffe, die Mißstände der Filmpräzessionen, in denen er ja mitwirkt, nicht nur in unverbindlichen Privatgesprächen, sondern öffentlich einzugehen, und für Beseitigung der Mißstände tatsächlich etwas zu tun!

D. K.

Filmchau

In Jerusalem ist einmal ein Jude gekreuzigt worden, weil seine Lehre bei den damaligen Mach- und Geldhabern Anstoß erregt hatte. Dies Geschick bewirkte, daß im Laufe der darauf folgenden Jahrtausende alle Rotten von Nord- und Süd, die ihn, wenn schon nicht gleichfalls kreuzigen, so doch wohl „auf der Flucht“ erschließen würden, aus der Tatsache seines Todes nicht nur das Bedürfnis zu morden und zu plündern — denn das hatten sie ohnehin —, sondern auch den Vorwand einnehmen, als läßen sie es im Dienst einer Idee. Gehen sie aus ihren Raubzügen als Sieger hervor, so ist's — wer denn sonst als — Gott, der das so gewollt hat, kriegen sie oder Dreißig, dann ist's nicht etwa Gott, der es gewollt hat, nein, dann sind's die Juden, die es gewollt haben, daß ihr Volkstuch von hinten sich wirksamer erweise als Gottes Wille! Da Gottfried von Bouillon mit seinen Raubzügen größerer Schwere hatte als Ludendorff, und die Brandstiftung orientalischer Städte ihm sowie seinen Kumpanen eine Beute abwarf, wie Ludendorff sie sich erst mit schlechteschriebenen Kriegserinnerungen erwerben muß, war natürlich Gott mit den Kreuzfahrern. Daß Gottfried das zu würdigen wählte, geht aus dem (im Wormalhaus) vorgeschriebenen „Ersten Kreuzzug“ hervor. Es ist einfach rührend, wenn der mit gerandeter Gut vollgepfropfte Held vor dem heiligen Grab demütig niederkniet, nachdem er zum Ruhm des Herrn sein christliches Schwert mit dem Blut der „Ungläubigen“ gefärbt hatte, wie später Ludendorff zum Ruhm desselben Herrn mit dem Blut alauktiger Christen den ihm vom Türken zur Verfügung gestellten krummen Säbel färben sollte.

Auf weit höherem Niveau als fast alle bisherigen Leistungen des Films steht die Verfilmung der Bibel. Die Sphinx-Gesellschaft machte uns an einem Nachmittag nur mit den wichtigsten Abschnitten bekannt, denn die Vorführung des Ganzen würde drei volle Abende in Anspruch nehmen. Ein Mißbehagen wie es sonst italienische Filme in uns erzeugen, besonders wenn es sich um lächerliche Stoffe handelt, kommt hier nicht auf, obwohl auch dieser italienischen Ursprungs ist. Hier ist nirgends jene geschwollene Pathetik, hinter der die Christusse und Judasse in der Ausstaffierung aufgeblassener Heidentempel erschienen, hier ist die Bibel ihrem Regisseur Guazzanti wirklich zum Erlebnis ge-

worden. Er verschmäht jede Effekthaserei, hält sich streng an den Text und illustriert ihn so unausdrücklich und fein, daß der Geist, der über den Wässern und den Bibelworten schwebt, von Illustrationen nicht ganz verdrängt wird, sondern sie manchmal mit einem Hauch streift. Manchmal, nicht immer. So ist z. B. von der neuen Monumentalität des Schöpfungsberichtes nichts zu spüren. Der Eindruck des Einmaligen, den die unmittelbaren Folgen des irdischen Aktes erwecken müßten, stellt sich nicht ein, denn was sich da mit Adam und Eva ereignet, ist nicht anders, als wie es sich auch heute und sonstwann um jedes beliebige nackte Menschenpaar abspielen würde. Aber die Ermordung erfüllt uns nicht mit jenen Schauern, die beim ersten Einzug des Todes in die Welt und anwehen müßten, man hat das Gefühl: hier ist ein Mensch erschlagen worden, wie auch noch heute Millionen andere erschlagen werden.

Die härteste Wirkung des Films liegt in den Szenen vom „Auszug aus Ägypten“, weil da das Bildliche — entsprechend dem äußerlich dramatischen Charakter dieser Episoden — farbiger gehalten werden darf und es bis zu einer gewissen Vollkommenheit auch wird. Und aus allem hervor ragt die Gestalt des Moses, in der Maske jenes von Michelangelo, eine Gestalt, der man die biblische Größe überall glaubt! Kurz: hier liegt ein Werk vor, das unseren von Film und verurteilten Zeitgenossen zur Abwechslung einige schöne Stunden bereiten wird. Um die Weisheit des Werkes nicht zu trüben, möge die Sphinx-Gesellschaft die Bildchen des wie ein alberner Weihnachtsmann amnütenden Derrgotts herauszuschneiden!

Dalio Koller.

Im „N. Z. Rollendorf“ steht man einen schwedischen Film „Rosen im Herbst“. Nach einer Erzählung von Selma Lagerlöf. Wieder sind die Landschaftsbilder reizend. Aber die Schauspieler sind nicht ganz so natürlich und untheatralisch wie in den meisten anderen Filmen, die aus Schweden kommen. Auch möchte man endlich mal etwas anderes von den Schweden sehen, als immer noch verfilmte Lagerlöf. Es ist ein Irrtum, zu glauben, die Werke dieser guten und begabten alten Dame seien die herrlichsten Filmmanuskripte. Sie wirken auf die Dauer etwas reichlich jugendlich und sentimental. — Daneben läuft ein Chaplin-Film: „Chaplin als Auswanderer“. Das ist nicht nur der beste Chaplin-Film, sondern der beste Film, den ich jemals in einem Kino gesehen habe. Das ist nicht mehr bloß komisch, amüsan und unterhaltend, das ist eine ganz ernst zu nehmende, ganz große und erschütternde künstlerische Leistung. So groß und so bedeutend, daß ich lieber mal einen „Austriahilfen“ und grundsätzlichen Anstoß über diesen Film und diesen genialen Schauspieler Chaplin schreiben will. Dazu ist heute kein Platz.

H. S.

Prof. Blaschko

Der Kampf gegen die Volksseuche hat einen herben Verlauf erlitten. Einer der tapfersten Kämpfer im Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten ist mit Blaschko dahingegangen. Es kann natürlich hier nicht unsere Aufgabe sein, den Verstorbenen als Wissenschaftler zu würdigen, das ist Aufgabe der Fachpresse und besonders der Presse seines Spezialfaches, der Haut- und Geschlechtskrankheiten; nur seine Leistungen auf dem Gebiete der Volksgesundheitspflege können hier und müssen dem Volksganzen zum Bewußtsein gebracht werden.

Bekanntlich waren die Geschlechtskrankheiten bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts ein Nährmichthun, eine Sache, von der man nicht sprechen durfte, zumal in der Öffentlichkeit. Jeder Geschlechtskranke galt beinahe als der Verachtung wert. War doch nach dem ersten Krankheitsstadium, das Anfang der achtziger Jahre geschaffen wurde, die Behandlung von Geschlechtskranken ausgeschlossen und wird doch erst seit 1902 einem arbeitsunfähig gewordenen Geschlechtskranken Krankengeld gezahlt.

Da war es Blaschko, der Ende der neunziger Jahre auf Grund von Zählungen bei einzelnen Krankenkassen, die derart wenigstens schon behandelt wurden, darauf hinwies, wie man sich durch solche Bestimmungen und durch die ganze Geheimnisträumerei ins eigene Fleisch schneide, daß unter dem Schleier der Heimlichkeit die Geschlechtskrankheiten zu einer Volksseuche würden, welche die Volkskraft zu schwächen drohe. Auf seine Veranlassung wurden bei den Ärzten einzelner Städte Zählungen vorgenommen, welche in Hamburg, Berlin, Mannheim geradezu erschreckende Zahlen zur Tage förderten, trotzdem z. B. in Berlin sich nur 88 Prozent der Ärzte an der Zählung beteiligten. Aus den von ihm bearbeiteten Zählungen haben er und andere Ärzte wichtige Schlüsse über den Zusammenhang von Geschlechtskrankheiten und sozialer Lage gezogen. Diese Zählungen sind dann noch 1910, 1913 und 1919 wiederholt worden.

Inzwischen gründete er mit dem gleichstrebenden Breslauer Dermatologen Reisser zusammen die „Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“, in der er anfangs Generalsekretär und nach Reissers Tode Präsident war. Unter seiner reiflichen Arbeit und Anregung gründete diese Gesellschaft Ortsgruppen in allen Städten, veranstaltete Vorträge, teilweise mit Lichtbildern, gab Merkblätter heraus und machte so durch Zerreißen des Schleiers der Heimlichkeit das Volk sendend für die Gefahren. Blaschko veröffentlichte in den Berichten dieser Gesellschaft zahlreiche wissenschaftliche und populär-wissenschaftliche Arbeiten über dieses Gebiet.

Eine zweite große Leistung, die man wohl erst in den nächsten Jahren würdigen wird, ist sein Kampf gegen die sogenannte Reglementierung der Prostitution. Teils waren es wissenschaftliche, teils humane Gründe, die ihn dazu veranlaßten, das von ihm verfaßte Kapitel „Hygiene der Geschlechtskrankheiten“ in „Weis's Handbuch der Hygiene“, in dem er seine zahlreichen Arbeiten darüber zusammenfaßte, ist eine einzige Verurteilung dieses Systems und eine schwere Anklage gegen die Gesellschaft. Das Kapitel, und das ist bezeichnend, mündet aus in die gewöhnlichen Worte des König Lear: „Was heißt du die Pute! Weis dich selber!“

Er zeigt darin, daß die jetzige polizeiliche Ueberwachung sinnlos sei, weil sie nur den weltlichen Teil der Ansteckungsquellen erfasse und auch von diesem nur den zehnten Teil, daß sie wertlos sei, da sie die Zahl der Geschlechtskranken nicht vermindere (er zeigt das z. B. von Breslau, welches die schärfste polizeiliche Ueberwachung und trotzdem die meisten Geschlechtskranken habe), endlich daß die betroffenen unglücklichen Wesen für ihr ganzes Leben physisch und moralisch vernichtet.

Was uns aber so besonders sympathisch berühren muß, das ist der Nachweis der sozialen Ursachen der Prostitution,

die uns darauf hinweisen, daß sie nur eingedämmt werden könne durch soziale Hebung der Klassen, aus der sie sich rekrutieren. Im übrigen empfiehlt er für ihre Bekämpfung in der Gegenwart eine reine Hygiene und Beratung unter Ausschaltung der Polizei. Noch seine letzte Leistung gehört hierher. Als der Gefekentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erschienen war, das die Reglementierung der Prostituierten aufhebt, stellte ein Arzt in der „medizinischen Gesellschaft“ den Antrag, die Gesellschaft solle sich für ihre Bekämpfung aussprechen. Da erschien der schwerkranke Blaschko in der Sitzung und hielt eine flammende Rede gegen den Antrag, so daß diesem ein Bearbeiten zweiter Klasse, wie man es im Parlament nennt, Vergrabung in der Kommission, zuteil wurde.

Der Gefekentwurf, der soeben genannt wurde und der nächstens im Reichstag beraten werden wird, entstammt größtenteils seiner Arbeit, wenigstens erhielt er in der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten unter seinem maßgebenden Einfluß die Form, die er jetzt hat.

Es gehört wohl auch noch halb in das hygienische Gebiet, daß er in den letzten Jahren neben anderen Ärzten energisch auf die Frühbehandlung der Geschlechtskrankheiten hinwies. Hierdurch wird die Krankheit häufig im Keim erstickt und die Weiterverbreitung verhütet.

Es ist nun ganz besonders bemerkenswert, daß Blaschko von Anfang an auf eigenen Füßen stand. Er war nicht der Schüler irgend eines großen Mannes, ist niemals bei irgend einem Fachprofessor oder in einer Klinik Assistent gewesen. Als praktischer Arzt beginnend, arbeitete er sich durch eine seltene Energie und eisernen Fleiß selbst in das Gebiet ein, in dem er Großes leistete und eine Geltung erlangte, die weit über die Grenzen Deutschlands hinausging.

So kann er an Fleiß, praktischem Streben und Idealismus ein Vorbild sein für den ganzen Ärztestand.

Ein Tendenzurteil

Unter dieser Ueberschrift brachten wir in unserer Sonntagsnummer die Meldung über die Verurteilung des Legationssekretärs a. D. Dr. Tiemann. Dazu sendet uns sein Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Vogt die folgende Zuschrift:

„Das abgeurteilte Verleidungsverfahren hatte mit der publizistischen Tätigkeit des Herrn Tiemann, insbesondere mit seiner an den Zuständen im Auswärtigen Amt geübten Kritik keinerlei unmittelbaren Zusammenhang. Unter Anklage stand vielmehr ein Brief an einen Geheimen Legationsrat, mit dem Herr Tiemann persönliche Differenzen hatte; in diesem Briefe hatte Herr Tiemann in einer gewissen Verdüsterung, deren Verächtigung übrigens das Gericht in der Urteilsbegründung durchaus anerkannte, hinsichtlich der Schärfe der Form über das Ziel hinausgeschossen, so daß wegen Vorliegen formaler Verleidigung eine Verurteilung nicht zu umgehen war. Das Auswärtige Amt hat diese ihm offenbar hochwillkommene Gelegenheit, seinem unbehaglichen Kritiker eine Strafe anzuhängen, benutzt und hat ein Verfahren wegen Beamtenverleumdung in Gang gebracht, in dem ein Exempel statuiert werden sollte. Der Amtsanwalt beantragte denn auch einen Monat Gefängnis; das Gericht hielt aber 1500 M. für eine völlig ausreichende Sühne, indem es ausdrücklich unter Ablehnung der Verurteilung des Haßes mit der publizistischen Kritik Tiemanns am Auswärtigen Amt festhielt, daß es sich um eine rein private Auseinandersetzung des Herrn Tiemann mit dem Adressaten des Briefes handle, und die in wohlwollendster Weise gemachte Schlussbemerkung des Vorsitzenden, Herr Tiemann möge die Strafe als Warnung hinnehmen, auch im Unmut und in der Erregung nicht wieder solche Briefe zu schreiben, wirkte in keiner Weise als „grobe Ungehörigkeit“.

Eigenartig und bezeichnend zugleich ist an dem ganzen für die Öffentlichkeit völlig uninteressanten Fall lediglich die Form, in der die Verurteilung Tiemanns öffentlich verbreitet wird. Schon durch die Befanngabe der Verurteilung an die Presse, mehr noch aber durch den tendenziösen Zusatz an der ganz anders ge-

meinten Urteilsbegründung soll zweifellos bei denjenigen, die die scharfe Kritik Tiemanns am Auswärtigen Amt kennen, der Eindruck erweckt werden, als sei diesem dem Amt sehr unbehaglichen Kritiker jetzt vom Strafgericht ein Maulkorb umgehängt worden und als habe sein Vorgehen gegen das Amt ernüchterte Mißbilligung seitens des Gerichts gefunden. Daß diese Berechnung der Verbreiter jener irreführenden Fressenotiz nicht fehlging, beweist die dadurch veranlaßte Stellungnahme der „Freiheit“ zu dem Urteil, die sachlich ebenso unbegründet ist wie die Benützung der politischen Gegner Tiemanns, die aus der Zeitungsnotiz mit Befriedigung entnommen haben werden, daß nunmehr die publizistische Tätigkeit Tiemanns „gerichtet“ sei.

Wir nehmen gern Kenntnis von der in der gegenwärtigen Zeit angenehm berührenden Objektivität des Gerichts; um so bezeichnender ist, daß nach der Darstellung des Rechtsanwalts Wolffs Telegraphenbüro, daß die Mitteilung verbreitete, als Helfershelfer der offiziellen Kreise angesehen werden muß, die mit solch unsanfteren Methoden unbehagliche Kritiker bekämpfen.

Der hinkende Amtsschimmel.

Die Reichs- und preussischen Ruhegehaltsempfänger, die Wartegeldempfänger und Hinterbliebenen von Eisenbahnbeamten haben in mehreren Eingaben mit Recht darüber Klage geführt, daß ihnen die seit dem Sommer vorigen Jahres angebilligten Pensionserhöhungen und Zuschläge noch immer nicht ausgezahlt sind, weil die mit den Umrechnungsarbeiten betrauten Kassen aus technischen oder anderen Gründen in neun Monaten nicht in der Lage waren, den alten Beamten die ihnen zukommenden Gehältern auszurechnen.

Der Reichsverkehrsminister hat nun in einem Rundschreiben die Präsidenten der Eisenbahndirektionen persönlich dafür haftbar gemacht, daß ohne jeden Aufschub sowohl den Pensionsempfängern als auch den im Dienst befindlichen Beamten die ihnen zukommenden Bezüge ausgezahlt werden. Wo etwa die vorhandenen Arbeitskräfte in den Kassen nicht ausreichen, sollen ansichtsweise sofort Beamte mit der Umrechnung der Gehältern beschäftigt werden. Die Dienstleiter sollen jedoch die Arbeit der Kassenbeamten fortlaufend überwachen, um keinen Beamten angesichts der herrschenden Teuerung auf die ihm rechtmäßig zustehenden Bezüge warten zu lassen. Minister Groener erwartet, wie es in dem Erlaß heißt, von der Ehre der mit dem Zahlungswesen beschäftigten Beamten, daß sie ihre Kollegen, namentlich die nicht mehr arbeitsfähigen, keinen Tag unnötig warten lassen. Der Minister hat zum 1. April von sämtlichen Dienststellen Berichte darüber angefordert, wie weit die Berechnungsarbeiten in den Kassen gediehen sind und ob dort, wo eine endgültige Erledigung der Berechnungen noch nicht stattgefunden hat, den Beamten und Hinterbliebenen wenigstens Vorzahlungen gezahlt worden sind.

Da nicht nur die Ruhegehaltsempfänger der Eisenbahnverwaltung seit langem vergeblich auf die Auszahlung der längst beschlossenen Erhöhungen warten, ist es notwendig, daß auch für die übrigen Verwaltungszweige ebenfalls Anweisungen ergehen, die durch die Schuld der Bürokraten verschuldete Verzögerung durch die schnell vorzunehmende Auszahlung wenigstens teilweise zu lindern.

Verkehrsverbesserungen bei der Straßenbahn

Am 20. März und 1. April werden erhebliche Verkehrsverbesserungen bei der Berliner Straßenbahn eingeführt. Am 20. März wird die Linie U, Bahnhof Beerstraße—Kupfergraben, von der Dorotheenstraße durch den westlichen Untertunnel über Behrenstraße, Markgrafstraße, Französischer Straße, Herderstraße, Schlossplatz, Königstraße, Alexanderplatz, Neue Königstraße, Straße am Friedrichshain, Aniproduktstraße bis zur Eibinger Straße verlängert. Die Linie erhält gleichzeitig die Nummer 78.

Am 1. April wird die Linie 13, Hermannplatz—Moabit, Ostbahnhof, über Alt-Moabit, Goltwieserstraße, Levetzowstraße, Altonaer Straße, Danziger, Brückenallee, Großer Stern, Dossigerallee, Friedrich-Wilhelm-Straße, Bülowstraße, Potsdamer Straße, Potsdamer Platz, Köpenicker Straße, Hallesches Tor, Blücherstraße, Urbanstraße zu einem Ring geschlossen. Die neue Linie erhält die Bezeichnung Nr. 4 (Ost-West-Linie). Auf den Linien 9 und 17 kommen gleichzeitig neue Fahrpläne zur Einführung.

Die Linie 89 wird nach bis Bahnhof Kooologischen Garten von der Kottbuser über Pariser Straße, Ostbahnhof, Kottbuser Straße, Brandenburgische Straße, Wilmersdorfer Straße bis Straußberger Platz (Kaiser-Friedrich-Straße) geführt.

Die Linie B wird vom Moritzplatz über Kranienstraße, Wiener Straße bis zum Ostlicher Bahnhof verlängert. Sie erhält die Nummer 94.

Die Linie L, Sietzener Bahnhof—Händelplatz, wird mit der Linie Händelplatz—Pichlerstraße-Süd der vormaligen Teplitz- und Kottbuser Bahnen zu einer Durchgangslinie unter der Nummer 56 vereinigt. Um einen ungehinderten Durchgangsbetrieb der Linie 56 am Händelplatz zu ermöglichen, wird die Linie F um eine geringe Strecke von ihrem letzten Endpunkt Händelplatz bis zum Straßendamm-Südwesten an der Pichlerfelder Chaussee zurückgezogen. Gleichzeitig hiermit kommt auch auf der Linie F ein neuer Fahrplan, der nur eine geringfügige Verschiebung der Abfahrtszeiten vorsieht, zur Einführung. Näheres über die neuen Fahrpläne der Linien 4, 9, 17, 56, 75, 89, 94 und F besagen die Ausschänge in den Wagen.

100 Prozent Mietzuschlag?

In Ergänzung der bisherigen Meldungen wird jetzt mitgeteilt, daß der Oberpräsident auf Grund einer Anweisung des Reichspräsidenten gegen den Beschluß des Magistrats über die neuen Höchstmietzuschläge von 120 bis 180 Prozent Einspruch erhoben und dem Magistrat mitgeteilt hat, daß als neue Mietzuschläge nur folgende Sätze in Frage kommen könnten: Für Mieträume im allgemeinen 100 Prozent; für Räume, die zu gewerblichen Zwecken hergestellt sind, bei einer Friedensmiete bis zu 2000 M.: 100 Prozent, bei einer Friedensmiete über 2000 bis 5000 M.: 150 Prozent. Diese Sätze gelten nur unter der Bedingung, daß mit ihnen sämtliche jetzigen Abgaben und laufende (kleinere) Reparaturen abgegolten sind.

Weichselig wird mitgeteilt, daß der Magistrat noch vor dem 1. April neue Beschlüsse fassen wird, die sich mit oben angegebenen Sätzen decken. Diese Eile muß namentlich eine Bewunderung erregen, da bekannt ist, daß der Magistrat eine große Anzahl wichtiger und unauflösbarer Angelegenheiten nicht so schnell erledigen kann. Man darf also mit einiger Sicherheit annehmen, daß die von uns wiederholt geäußerten Vermutungen über harte Einfüsse von Hausbesitzerinteressen im Magistrat für seine Haltung in dieser Angelegenheit ausschlaggebend sind. Der Magistrat hat es bisher auch unterlassen, auf unsere Mitteilungen zu reagieren. Wie gut die Hausbesitzer über alle geplanten Maßnahmen des Magistrats in der Angelegenheit unterrichtet werden, und welchen starken Einfluß sie allem Anschein nach darauf ausüben, be-

Spiele

Es gibt wahrhaftig ein Theater in Berlin, das keine französische, sondern eine deutsche Komödie auführt. Und diese deutsche Komödie ist sogar bedeutend amüsanter und besser, als das meiste, was sich die Berliner Theaterdirektoren als „echt französisch“ ausschmücken lassen. Sie ist von Paul Apel und heißt „Liebe“ und das Theater, das sie auführt, ist die „Tribüne“.

Ein junger Student und ein noch jüngerer Musikhörer auf der einen, eine Kleinbürgerfamilie und eine lustige Witwe auf der anderen Seite, das sind die beiden Welten, die hier in einer halb komisch, halb tragischen Katastrophe aufeinanderprallen. Wenn die beiden Jünglinge „Liebe“ sagen, so meinen sie mehr die Seele als den Körper. Wenn die andere „Liebe“ sagen, so meinen sie — na, jedenfalls ganz was anderes. Da beide Jünglinge die lustige Witwe lieben und da die lustige Witwe jede Woche einen neuen Mann braucht, so gibt es natürlich allerhand Konflikte, bei denen die beiden schwärmerischen Jünglinge natürlich immer „die Dummen“ sind. Die Dummen — das heißt nicht nur in diesem Fall die Besessenen, Verirrten, Wertvolleren.

Apel hat keine Komödie eine „tragikomische Groteske“ genannt. Das ist etwas feige, eine Verbeugung vor dem Publikum. In Wahrheit ist es weit eher tragisch als grotesk und komisch, wenn ein guter, begeisterter, verliebter Junge betrogen und enttäuscht wird. Die Regie wiederum betont das Groteske noch mehr als der Autor. Zu unrecht! Weniger wäre mehr gewesen.

Die beste schauspielerische Leistung wurde an eine Nebenrolle verschwendet: Gertrud Wolle als dumme, halb verblödete bei jeder Gelegenheit losjuchzende Zimmervermieterin gab zwar eine Karikatur, aber eine sehr gute. Brühl war ein lächelnd aufgäugiger, Walter Hill ein rührend schwärmerisch-verliebter Junge, Erich Walzer ein komisch-eitler Eisenbahnbeamter und Franzenberger ein vierter Klasse. Marietta Olin gab die lustige Witwe mit reichlich groben und gewöhnlichen Mitteln.

Im kleinen Theater spielt man „Das kleine Schokoladenmädchen“ von Paul Gavault. Das ist eines jener französischen Lustspiele, ohne die die Berliner Theater schwinden nicht leben können. Es ist etwas allmodischer, etwas anständiger und etwas netter als die heut übliche Ware dieser Art. Carola Toelle mimt ein verwöhntes Millionensüßmädchen recht niedlich, Wilhelm Bendow ist ein gutmütiger Trottel und ein Fräulein Waja Jung ist in einer Zwei-Minuten-Rolle ganz entzückend aus. — Was kann man von einem Berliner Theater mehr verlangen? Hans Siemsen

Ausstellung der Künstlerhilfe für die Hungernden in Ruhland. In der Galerie Altmann, Pögnowufer 13, sind die Gewinne der Lotterie (Schenkungen der Künstler) ausge-

steht, deren Einnahme der Hilfe für die Hungernden in Ruhland zuzuführen wird. Das Niveau der Ausstellung ist sehr anständig. Das umfangreiche Material gibt einen sehr lehrreichen Ueberblick über die zeitgenössische Graphik, eine von Käte Kollwitz bis zu Oskar Schlemmer. Einige Lithographien von Daumier und Gavarni seien besonders erwähnt. Viele Zeichnungen, Radierungen, Holzschnitte und Lithos und ein Bild von César Klein. Vertreten sind mit guten Blättern u. a. Paul Göttsch, George Grosz, Franz Muckenberger, Otto Freundlich, Arthur Segal, Paul Rice, Carl Holz, Ines Wegel, Otto Dix, Felix Müller, Karl Schmidt-Rottluff. Das Los kostet nur 6 M. Die Verlosung ist am 1. April. Eine zweite Ausstellung von Gewinnen findet gleichzeitig in der Arbeiter-Kunstausstellung, Petersburger Straße, statt. Verkauf der Lose in den Ausstellungen.

Bei dieser Gelegenheit eine Notiz über das Kupferkabinett im Neuen Museum. Die Ausgabe der Wappen erfolgt nur Wertags von 10—3 Uhr. Das bedeutet, daß der Arbeiter und Angestellte diese Schätze niemals sehen kann. Es ist sehr dankenswert, daß wenigstens die wechselnden kleinen Ausstellungen auch des Sonntags von 10—3 Uhr geöffnet sind (zuerst eine Kollektion alter Meister und Lovis Corinth), aber es sollte möglich sein, auch die Wappen des Sonntags einige Zeit zugänglich zu machen.

Und eine allgemeine Notiz zur Technik meiner Kritik: Da es bei dem geringen Raum, der zur Verfügung steht, nicht möglich ist, hier alle Ausstellungen zu würdigen, beschränke ich mich auf jene, die für die „Freiheit“ Leser Neues bringen. Denn es scheint mir wichtiger, dem werdenden Neuen zu helfen, als das in allgemeiner Günst Stehende zum so und sovielten Male zu „besprechen“. Der Kritiker ist nicht dazu da, der Gesellschaft ihren Geschmack zu beschärfen. Es wird sogar nicht selten wichtig sein, ihm entgegenzutreten. — Aber auch Ausstellungen von Künstlern, auf die in der „Freiheit“ schon früher nachdrücklich hingewiesen wurde, können im allgemeinen nur kurz erwähnt werden. Das gilt zuerst von der wichtigen Ausstellung des Berkes Franz Mars im Kronprinzenpalais. Das gilt von der kleinen Ausstellung Galdecker Arbeiten in den neuen schönen Räumen der Galerie Heller, Kurfürstendamm 4, und auch von der Archipenko-Ausstellung bei Gurlitt, Potsdamer Straße 113. Von diesen Künstlern ist in der „Freiheit“ wiederholt ausführlich gesprochen worden. Es sei deshalb jetzt nur mit Nachdruck auf ihre Ausstellungen aufmerksam gemacht. Adolf Behne

Der 10. März-Kammerpräsident der Weimarer Reichsversammlung Herr Dr. (Königlicher Rat) Dr. Hübner, Geschäftsführer des Reichs-Richterbundes, hat sich in der Sitzung vom 7. März 1920, im „Forum“, Potsdamer Str. 154, 1. zur Trauungsbereitschaft erklärt. Er ist ein Mann von 40 Jahren, von bescheidenem Aussehen, hat eine ruhige und bescheidene Art, ist ein Mann von 40 Jahren, von bescheidenem Aussehen, hat eine ruhige und bescheidene Art, ist ein Mann von 40 Jahren, von bescheidenem Aussehen, hat eine ruhige und bescheidene Art.

weil schon allein der Umstand, daß man mit so großer Sicherheit mitzuteilen weiß, daß der Magistrat noch vor dem 1. April seine neuen Beschlüsse fassen wird. Diese Eile ist nur für die Hausbesitzer notwendig, damit der an den Mietern verübte Betrug auch tatsächlich Erfolge hat. Der Magistrat muß diesem Unternehmen seine Beihilfe verweigern und darf vor allem nicht wieder in so leichtfertiger Weise Beschlüsse fassen, daß sie erst von den Aufsichtsinstanzen beanstandet werden müssen. Wir nehmen an, daß die Aufsichtsbehörde die von ihr vorgeschlagenen Höchstmieten nur dann zu genehmigen gewillt ist, wenn durch ganz einwandfreie Unterlagen der Nachweis für die Notwendigkeit erbracht ist. Vor allem muß jetzt einem einwandfrei zusammengefügten Mieterantrag Gelegenheit zur erneuten Stellungnahme gegeben werden.

Der ungehinderte Lebensmittelwucher

Die mitunter die Fleischpreise reguliert werden, zeigt ein Beispiel aus der letzten Zeit. An einem Tage waren auf dem Zentralviehhof 10.000 Schweine aufgetrieben. Wären diese Tiere in Berlin geblieben, hier abgetölet und den Verbrauchern zugeführt worden, so hätte ohne Zweifel der Fleischpreis im Kleinhandel fallen müssen. Statt dessen ist der Fleischpreis sprunghaft gestiegen. Die 10.000 Schweine sind nicht in Berlin geblieben, sondern zur Hälfte angeblich nach Oberschlesien verkauft worden. Gewisse Aufkäufer zahlten, wie uns von landlicher Seite mitgeteilt wird, auf einen Preis von 30 Mark für das Pfund Lebendgewicht noch 2 bis 3 Mark drauf, aber nicht, um die Tiere nach dem fleischbedürftigen Oberschlesien zu schaffen, sondern um sie nach Polen zu verschicken. Was sagen die zuständigen Regierungsstellen dazu und was gedenken sie dagegen zu tun?

Die Zusammensetzung der Deputationen.

Der Magistrat hat bei der Errichtung der neuen Gemeinde Berlin vorgeschlagen, allen Verwaltungsdeputationen bis zu sechs Bürgerdeputierten beizuordnen. Später ist diese Zahl auf verschiedene Anregungen hin verändert, in vielen Fällen erhöht worden. Zuletzt hatte der Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung, der für die Beratung dieser Angelegenheit eingesetzt worden war, beschlossen, die Zahl der Bürgerdeputierten für die Regel auf 10 festzusetzen. Der Magistrat hat aber, um die Zahl der Deputationsmitglieder nicht allzusehr answellen zu lassen, den Gegenvorschlag gemacht, es bei der ursprünglichen Zahl von 6 Bürgerdeputierten zu belassen. Da dies nicht die Billigung der Stadtverordnetenversammlung gefunden hat, hat der Magistrat nochmals eine Kommission eingesetzt, die eine Lösung finden soll.

Einbrecherinnen vor Gericht

Rasendiebstahl in Grunewald, Wannsee und Potsdam bilden den Gegenstand einer Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts III. Angeklagt wegen schweren Diebstahls in 34 Fällen waren die Arbeiterinnen Helene Bornschein und Maria Schäfer, geb. Seibt, während sich der Händler Karl Witte wegen gewerbsmäßiger Diebstahlerei zu verantworten hatte. — Im Sommer und Herbst vorigen Jahres wurden in den genannten Orten Villenbesitzer von Dieben heimge sucht, die in den Einzelfällen Beträgen bis zu 100.000 Mark erbeuteten. Die Diebstähle wurden stets nur auf den Fluren und Teichen oder in den Schlafzimmern verübt, und zwar wurden stets nur Pelze oder Schmuckstücke gestohlen. Als Geschädigte kamen nur Angehörige der besten Gesellschaftsreise in Frage. Generäle, hohe Beamte, Ärzte, Offiziere und zwei Richter. Die Angeklagte Bornschein, welche diese Diebstähle verübt hatte, gestand die 34 Fälle in einer etwas eigenartigen Weise zu. Auf die Fragen des Vorsitzenden, ob und wo sie die Diebstähle verübt habe, erwiderte sie: „Jeklaut hat ja, wat ich kriegen konnte! Ich bin immer von hinten in die Villen rineingekommen, wenn er mit mir paßt. Denn ha ich den laanen Krampeel uff'n Ast genommen un bin wieder herunter!“ Auf die Frage, ob der mitangeklagte Witte ihr die Sachen abekauft und was er dafür bezahlt habe, erklärte sie: „Jeklost hat er, aber mir immer heischummel!“ Als der Vorsitzende ihr vorhielt, daß sie doch Taxien erhalten haben müsse, erwiderte die Angeklagte: „Ich ha bloß immer blaue Lappens kriegt.“ Vorsitzender: „War nicht auch ein Tausendmarkschein dabei?“ Angeklagte: „Wat is'n der?“ Die Verteidiger holen jeder einen Tausendmarkschein hervor und zeigen ihn der Angeklagten, die erklärt: „Oh, siecht der aber scheen aus, so een ha ich nich kriegt!“ — Da von Anfang an gewisse Zweifel an der Zurechenbarkeit der Angeklagten Bornschein aufgetaucht waren, hatte Rechtsanwalt Dr. W. Eisenknecht unter Beweis gestellt, daß sie schon mehrmals in 37 Jahren anfallen und wiederholt auf Grund des § 51 als geisteskrank freigesprochen worden sei. Von Rechtsanwalt Dr. Aren wurde darauf hingewiesen, daß im Falle der Freisprechung der Bornschein auf Grund des § 51 der eigenartige Fall einträte, daß auch der Angeklagte Witte, der sonst schwere Zuchthausstrafe zu erwarten habe, freigesprochen werden müßte, da eine Diebstahlerei nicht vorliege, wenn der Dieb für seine Tat nicht verantwortlich zu machen sei. Das Gericht war tatsächlich geneigt, nicht nur die Angeklagte Bornschein auf Grund des § 51, sondern auch demzufolge den Angeklagten Witte von der Anklage der gewerbsmäßigen Diebstahlerei freizusprechen. Die Angeklagte Schäfer wurde an 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Die gefälschten Ein- und Ausfuhrscheine.

Ein Nachspiel für den Potsdamer Magistrat.

In dem Prozeß gegen die Angeklagten v. Gutzeit, Bunke und Drauser, die Ein- und Ausfuhrscheine gefälscht und durch ihre Nachschaffungen Waren im Werte von insgesamt 200 Millionen Mark ohne Wissen der zuständigen Stellen eingeführt hatten, ist jetzt das Urteil gefällt worden. Staatsanwalt Dörfling beantragte gegen den Kaufmann v. Gutzeit 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, gegen die beiden anderen Angeklagten je zwei Jahre Gefängnis. Rechtsanwalt Kübel leitete in seinem Plädoyer dar, daß v. Gutzeit von den beiden anderen Angeklagten verführt und dauernd getäuscht worden sei. Gutzeit habe zwar angenommen, daß die Ein- und Ausfuhrscheine hintenherum besorgt worden seien, doch mußte er an die Echtheit der Dokumente glauben, da niemals von den Zoll- oder Grenzbehörden ein Einwand gegen die Einfuhr der Waren erhoben worden sei. Die Geschworenen erkannten bei allen drei Angeklagten auf Schuldbil, und das Gericht verurteilte v. Gutzeit, Bunke und Drauser zu je zwei Jahren Gefängnis, von denen ein Jahr zwei Monate durch die Untersuchungshaft als verbüßt angesehen werden. Der Prozeß wird jedoch für eine große Anzahl Kaufleute, darunter auch für die Beauftragten des Potsdamer Magistrats, ein unangenehmes Nachspiel haben, da die Staatsanwaltschaft gegen alle in Frage kommenden Personen, die mit den drei Verurteilten in geschäftliche Beziehungen eingetreten haben, jetzt Anklage erheben wird.

Berichte senden! Die Versammlungsleiter der hientigen Versammlungen werden gebeten, nach Schluß derselben der Redaktion einen kurzen telephonischen Bericht zu übermitteln.

Eigener als Straßendieb. In der Nacht auf Montag gegen 2 1/2 Uhr wurden vier Personen, die sich auf dem Heimwege befanden, an der Ecke der Andreas- und Kroutstraße von mehreren Eigentümern überfallen. Einer der Überfallenen, der 33 Jahre alte Arbeiter Kurt Blumberg, fenerte aus einem Revolver mehrere Schüsse auf die Banditen ab, wodurch jedoch nicht diese, sondern die völlig unbeteiligte Arbeiterin Frida B. am linken Handgelenk verletzt wurde, so daß sie sich nach der Rettungsstelle in der Holzmarktstraße begeben mußte. Inzwischen hatten die Räuber dem 20 Jahre alten Bergolder Wilko Kaiser Hut und Mantel entzogen und versuchten damit zu flüchten. Verbeugene Schutzpolizisten konnten zwei derselben festnehmen und zur Wache bringen.

Ein Steinwurfanschlag auf einen Güterzug wurde am Sonnabendabend in der Dunkelheit um 8 Uhr abends zwischen Baumhüttenweg und Neuföhl verübt. Ein faulgroßer Stein flog in den Stand des Lokomotivführers und traf diesen. Für die Aufräumung des Anschlages ist wieder, wie in allen solchen Fällen, eine Belohnung von 5000 M. ausgesetzt. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Dr. Niemann entgegen.

Munitionslade. Sonntag abend fand in der Schiller-Verberth Wiesniewski auf einem Fensterbrett im Treppenhof des Hauses Babelsberger Straße 24 zwei Handgranaten und ein Maschinengewehrschloß. Die Munition wurde beschlagnahmt und der Abteilung Wilmerdorf der Schutzpolizei übergeben. Die Herkunft der gefährlichen Granaten konnte bisher nicht festgestellt werden.

Gewerkschaftliches

Annahme des Schiedsspruches in der Metallindustrie

Eine überfüllte Funktionärversammlung der in den Betrieben Berliner Metall-Industrieller Arbeitenden, beschäftigte sich am Montag Abend, dem 27. März, im Arbeitervereinshaus mit dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, dessen Inhalt wir bereits am Sonntag mitteilten.

Genosse Ulrich gab den Bericht über die Verhandlungen und erläuterte den Inhalt des Schiedsspruches. Dieser soll am 27. März in Kraft treten und bis Ende April Geltung haben. Die Unternehmer haben versucht, die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen zu vergrößern und besonders die Durchführung der 8stündigen Arbeitswoche verlangt. Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches soll unter Berücksichtigung der Lage in der Metallindustrie bei der Funktionärversammlung fallen. In der Diskussion wandten sich besonders die Transportarbeiter gegen den Schiedsspruch, der die Klassenunterschiede in der Arbeiterchaft selbst vergrößert. Statt der unterschiedlichen Bezahlung forderte Frank ein einheitlich der Löhne zwischen ungelerten und gelernten Arbeitern. Ein Vertreter der Gewerkschaften (Girlich-Dunker) forderte die Ablehnung des Schiedsspruches, da die Metallarbeiter von den Unternehmern wieder einmal an der Nase herumgeführt werden sollen und die Angelegenheiten nicht ausreichend sind.

Die Abstimmung mußte dreimal vorgenommen werden, da das Resultat zweifelhaft war. Nachdem auch eine Urabstimmung abgelehnt war, ergab eine nochmalige Abstimmung gegen eine sehr starke Minderheit die Annahme des Schiedsspruches. Eine Resolution fand einstimmig Annahme, die den kämpfenden Metallarbeitern in Süd- und Mitteldeutschland vollste Sympathie in ihrem Kampf für den Achtstundentag ausdrückt.

Neue Zustände

Bei der Berliner Motorenfabrik Ernst Bauermeister u. Söhne, Berlin-Baumhüttenweg, Behringstr. 50, steht die Belegschaft zurzeit im Abwehrkampf. In diese Fabrik ist noch kein frisches Lüftchen hineingeweht. Bei einer Belegschaft von 45 Mann kennt man hier keine Funktionäre; wenn sich jemals ein Kollege dazu hergibt, so wird er sofort an die Luft gesetzt.

So ist es auch heute: Die Kollegen saßen sich, infolge der „fürstlichen“ Bezahlung (für gelernte Arbeiter 7—12 Mk. pro Stunde, für einen kriegsbeschäftigten Portier bei 8stündiger Arbeitszeit 275 Mk. pro Woche) gezwungen, eine Forderung auf Lohnerhöhung zu stellen. In einer Betriebsversammlung wurde eine Verhandlungskommission aus drei Kollegen bestehend, einstimmig gewählt. Als die Verhandlungskommission vorhielt, wurde sie wie Schulungen abgepeißt und 2 Kollegen entlassen. Auf diese Behandlung ihrer Funktionäre reagierte die Belegschaft mit der sofortigen Arbeitseinstellung. Auf den Anruf seitens der Organisation zur Schlichtung des Streitfalles, antwortete Herr Bauermeister, daß er grundsätzlich jede Verhandlung mit den Entlassenen ablehne. Jetzt versucht Herr Bauermeister durch den Arbeitsmarkt und die bürgerliche Presse Schloffer und Dreher zu bekommen. Besonders kennzeichnend für das Benehmen dieses Herrn ist noch folgender Fall: Auf die Beschwerde der Verhandlungskommission hin, daß der Meister einem Gesellen eine Ohrfeige verabreichte, erwiderte der „seine Chef“: „Das geht Sie gar nichts an, ich habe ihm gleich noch eine runter!“

Kollegen übt Solidarität! Weidet den Betrieb!

Betriebsratswahlen bei der Berliner Straßenbahn

Am 21. März fanden bei der Berliner Straßenbahn die Wahlen zu den Betriebsräten statt. Es waren 2 Listen eingereicht, und zwar Liste I (Freigewerkschaftliche und Liste II (Christliche Organisationen). Bei einer Belegschaft von 15.000 Köpfen haben sich 10.999 an der Stimmabgabe beteiligt. Für Liste I (Freigewerkschaftliche) stimmten 9242, für Liste II (Christliche) 1590, ungültig waren 167 Stimmen. Die Verteilung der Mandate war folgendermaßen: Auf Liste I fielen 26, auf Liste II 4 Mandate. Wenn nun ein Teil der bürgerlichen Wähler bereits jubelnd über den „Sieg“ der Christen und über den Rückgang der radikalen Anhänger des vorigen Betriebsrates sich verbreitet haben, so können wir mitteilen, daß auch im neuen Betriebsrat von den 26 Gewählten 2 S. P. D., 14 U. S. P. D. und 10 K. P. D. Betriebsräte sind. Sehr stolz können aber die Herren Christen mit ihrem von den bürgerlichen Wählern ausposaunten Sieg nicht sein, zumal wenn man die Liste der Christen etwas näher unter die Lupe nimmt, die Liste enthält, mit denen man sich nur Notgedrungen an einen Tisch setzt. Das sollen sich die Christen gelobt sein lassen und ihre „Erfolge“ auf das Maß zurückführen, das sie beanspruchen können.

Vortragsabende der Betriebsratschule

Um ihren Hörern auch über solche Gebiete einen Überblick zu geben, die im allgemeinen Lehrplan nicht die genügende Berücksichtigung finden können, veranstaltet die Betriebsratschule eine Reihe von Einzelvorträgen, deren erster: „Finanzierung, Erfassung der Sachwerte, Biedergerutmachungsproblem“ Mittwoch, den 5. April 1922, abends 8 Uhr, in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Steinstraße 31/34, stattfindet. Eintrittskarten sind zum Preise von 1 M. (für Arbeitslose unentgeltlich) im Büro der Freigewerkschaftlichen Betriebsratszentrale, Berlin S. O. 16, Engelauer 24/25, 2. Hof, 1 Tr., sowie am Saaleingang erhältlich. Nur wenn die Arbeiterschaft sich über die gegenwärtigen Aufgaben einen Überblick verschafft, wird sie die wirtschaftlichen Kämpfe der Jetztzeit erfolgreich bestehen können. — **Arbeitswissenschaftliche Vesperechnungen.** Der Lehrgang, der durch Lichtbilder und Rührungen ergänzt wird, beginnt Montag, den 27. März 1922, abends 8 Uhr, in der Aula des Leibniz-Gymnasiums, Mariannenplatz. Hörfestarien zum Preise von 10 M. (für Arbeitslose unentgeltlich) werden im Büro der Schule ausgesetzt, doch kann die Anmeldung auch im Kurse selbst erfolgen.

Lohnbewegung der Klavierarbeiter.

In den „Andreas-Verträgen“ nahmen die Klavierarbeiter gleichfalls zur Lohnbewegung Stellung. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß die Klavierarbeiter viel nachzuholen hätten, um mit ihrem Lohn in die Reihe der anderen Branchen der Musikinstrumentenindustrie zu kommen. Letztere haben sich bei Aufstellung ihrer Forderungen Beschränkungen auferlegt, um den Klavierarbeitern ein Nachkommen zu ermöglichen, so daß die pneumatische Branche zu einem Durchschnittslohn von 19,85 Mk. nur 30 Prozent, die Pianomechanik- und Klavierbranche zu 17,75 Mk. Durchschnittslohn 45 Prozent forderten. Aus den Betrieben der Klavierindustrie lagen eine Anzahl Anträge vor, die eine Lohnerhöhung von 70 bis 80 Prozent als unbedingt notwendig erachteten. Der Vorschlag der Branchenkommission, eine Erhöhung der Löhne um 60 Prozent zu fordern, rief auf allseitigen Widerspruch. Nach äußerst heftiger Diskussion wurde der Antrag der Kommission mit knapper Mehrheit angenommen. Dringend wurde schnelle Förderung der Verhandlungen gewünscht. Mit großer Mehrheit wurde dann eine Resolution angenommen, die schärfsten Protest einlegte gegen die Kasse der Sowjet-Revolution in Rußland und sofortige Freilassung der verhafteten sozial-revolutionären Führer forderte. — Es wird gebeten, zu beachten, daß die Sitzung der Branchenkommission der schwebenden Verhandlungen wegen, am Dienstag, dem 28. März, ausfällt.

Forderungen im Buchhandel. Von einer am 23. März 1922 stattgefundenen stark besuchten Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Angestellten (Sektion Buchhandel), wurde über die mit dem Arbeitgeberverband des Buchhandels stattgefundenen Tarifverhandlungen, die bis jetzt zu keinem Ergebnis führten, Bericht erbracht und folgende Entscheidung angenommen: „Die am 23. März 23 im Dresdener Kasino versammelte Mitglieder der Sektion Buchhandel des Zentralverbandes der Angestellten haben mit Entrüstung von den im Auftrag des Arbeitgeberverbandes durch dessen Syndikus Dr. Feldman gemachten provokatorischen Ausführungen Kenntnis genommen. Sie bedauern, feststellen zu müssen, daß dem Arbeitgeberverband des Buchhandels auch das geringste soziale Verständnis fehlt, wenn von diesem die Forderung im März bestritten wird. Vom Schlichtungsausschuss wird erwartet, daß dieser der Notlage der Angestellten Rechnung trägt und den Angestellten keinen Vertrauensbruch im Hinblick auf die Anstellten für die vollkommen unübersehbaren Verhältnisse im April bindet.“

Lohnbewegung im Malergewerbe. Durch Haupttarifamtentscheidung vom 22. Februar 1922 wurde der Lohn vom 15. Februar bis 15. April 1922 auf 14,50 M. pro Stunde festgesetzt. Da sich aber bereits in den ersten Tagen des März herausgestellt hat, daß diese Erhöhung durch die sprunghaft eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung überholt ist, beantragte der Verband der Maler eine sofortige Revision der Löhne. Dilem Verlangen wurde vom Haupttarifamt stattgegeben und am 22. März 1922 entschieden, daß ab 1. April 1922 eine weitere Zulage für Berlin von 2.— M. zu zahlen ist. Der Minimallohn beträgt somit vom 1. bis 15. April für Maler über 20 Jahre 16,50 M., für Maler unter 20 Jahren 15,70 M. und für Anreicher über 20 Jahre 16.— M. pro Stunde. Ueber die nach dem 15. April 1922 notwendigerweise eintretende Lohnerhöhung finden in den ersten Tagen des April weitere Verhandlungen statt.

Parteiveranstaltungen

Pressekommission. Geschäftsleitungsabteilung Mittwoch, den 29. März, 6,30 Uhr, Breite Str. 33, 1 Tr., Zimmer 24, Vollversammlung 7 Uhr.

Mittwoch, den 29. März.

1. Verwaltungsbüro, Mitgliederversammlung 6 Uhr im der Döbering-Schule, Behringstraße 4.
2. Döbering, abends 8 Uhr: Funktionärkonferenz bei Koller, Behringstraße 34. Der Vorstand eine Stunde früher.
3. Döbering, abends 7 Uhr in der Schulaula, Littenstraße 18. Vortrag des Genossen Dr. Gumbach über: Geschlechtskrankheiten, Jahrestagesfeierlichkeiten dringend notwendig.
4. Döbering, Mitglieder-Versammlung 7,30 Uhr bei Pfeiffer, Babelstr. 7.

Donnerstag, den 30. März.

1. Verwaltungsbüro, 4. Döbering, Berlin. Heute abend 8 Uhr: Sichtige Geschäftsleitungsabteilung bei Biemer, Bismarckstr. 58.
2. und 3. Döbering, freie Schulgemeinde Berlin-Liepnitz, abends 7 Uhr in der Schulaula Bismarckstr. 20. Generalversammlung. Bericht über den Stand der Schulangelegenheiten.
3. Döbering (Wedding), Nationalkommission. Abends 7 Uhr wichtige Sitzung bei Krall, Ullricher Str. 21. Jeder Bezirk muß vertreten sein.
4. Verwaltungsbüro (Eggen-Landwehr-Viertel). Sitzung der Kommissionen am 10. März. Abends 7 Uhr im Rathaus, Sitzung der Stadträte Gen. Wehl über: Unsere Arbeit in der Jugendberufshilfe. Es nehmen außerdem teil die Stadt- und Bezirksverbände, Bürgervereine; auch können alle Genossinnen und Genossen teilnehmen, die nicht Mitglieder der K. P. sind.
5. Köpenick Stadt und Land. Abends 7 Uhr im Realgymnasium an der Parkstraße öffentliche Elternversammlung aller weiblichen Scholastinnenbezirke. Wichtige Tagesordnung! Erscheinen aller Genossinnen und Genossen Pflicht!
6. K. P. Abends 7 Uhr im Saal der Freizeitsportlichen Gemeinde, Köpenick, abends 15—17, letzte Versammlung. Vortrag des Herrn Feil. Genossen der K. P. sind eingeladen.

Vereinskalender

Mittwoch, den 29. März.

Seniorenverband der Schuhmacher. Abends 6,30 Uhr. Stammbesprechung in der Kasse und Besprechung der Verhandlungen mit den Schuhmachervereinigungen Groß-Berlin.

Donnerstag, den 30. März.

1. Klavierverband Charlottenburg. Abends 8 Uhr im Kollner Friedrich-Str. 21. Freie Belegstunde. Öffentliche Klavierkonzerte. Referent: Döbering. Thema: Reichsmittelangelegenheit.
2. Verband der Gewerkschaften und Arbeitervereine. 14. Bezirk, Köpenick, abends 7 Uhr, im Restaurant Karligarten, Neuföhl, Karligartenstraße. Mitglieder-Versammlung.

Beizunehmlich für die Redaktion Robert Gensel, Berlin: für den Intendanten und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Hammerstein, Berlin. — Verlags-Gesellschaft „Welt“, G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Neimetz, G. m. b. H., Berlin S. O. 69, Ritterstraße 76.